

Den Polen helfen – aber wie?

VON JOSEF JOFFE IL

Eine sozialistische Befehlswirtschaft stückweise umzugestalten, gleicht dem Versuch, im gemächlichen Tempo von Links- auf Rechtsverkehr umzuschalten: Busse und Lastwagen zuerst. Was früher noch halbwegs funktionierte, weil die Produktionsprozesse, wenn auch nicht marktgerecht, wenigstens berechenbar waren, wirft nun die Gefahr ständiger Kollisionen zwischen Markt und Plan auf. Dies ist ein Grund, weshalb es den Sowjetbürgern seit Perestrojka-Beginn *schlechter* geht: Der Pro-Kopf-Verbrauch ist jährlich um ein halbes Prozent gefallen; die kaschierte Inflation hat sich etwa verdreifacht.

Die gleiche Gefahr – und mehr – droht Polen, dessen Mitregent Lech Walesa gestern mit einer langen Wunschliste in der Bundesrepublik eingetroffen ist. Im Gegensatz zur Sowjetunion ächzt Polen unter einer mächtigen Schuldenlast – rund 40 Milliarden Dollar; im Gegensatz zum Gold-, Erdgas- und Waffenexporteur Moskau hat Polen kaum mehr als die berühmten Gänse, um Devisen für den Schuldendienst zu verdienen. Was soll, was kann der Westen tun, um den sich demokratisierenden Ländern des Ostens zu helfen?

Es ist leichter, Prinzipien aufzustellen als Rezepte. Ein Prinzip muß sein, daß der Westen im Wort steht. Seit Jahren haben wir den Polen das Geschäft „Ressourcen gegen Reformen“ vor die Nase gehalten; es ihnen jetzt, da das Land sich ent-totalisiert, zu verweigern, würde den Westen zum frömmelnden Lügner machen. Was Helmut Schmidt für den Kommunisten Gierek tat, kann Helmut Kohl dem *Solidarnosc*-Premier Mazowiecki kaum vorenthalten. Just an diese Logik hat Mazowiecki gerade mit gewählten Worten erinnert: „Wenn wir es nicht schaffen, dann wird die Welt angesichts einer wichtigen Sache versagt haben.“

Das zweite Prinzip ist indes nicht minder wichtig: Einfach staatlich abgesichertes Geld ostwärts zu pumpen, hülfen allenfalls den Banken, die im Schutze von Regierungsbürgschaften reichlich Zins ohne Risiko kassieren könnten. Denn Geld alleine – siehe die mörderische Schuldenlast von Polen und Ungarn – macht unglücklich. Die Dollar- und DM-Milliarden haben in den 70er Jahren bloß geholfen, marode Staatsbetriebe am Leben zu erhalten oder den Konsum künstlich zu steigern; sie haben Erwartungen geweckt, die kurz danach auf leere Lager stießen. Die Folge waren innerer Aufruhr und äußere Schuldenberge, die weder Polen noch Ungarn heute abtragen können.

Deshalb liegt die Beweislast heute bei den Polen und Ungarn: Können sie den Rahmen herrichten, in dem westliche Hilfe Frucht und nicht Frust hervorbringt? Theoretisch wäre der Beweis einfach zu führen: durch eine Währungsreform wie anno 1948 in der Bundesrepublik, die den *swartigen* Geldüberhang vernichtet und

dafür Güter auf den Markt lockt; durch Streichung aller Subventionen und Preiskontrollen, die kostbare Ressourcen fehlenken; durch Abbau der Handels- und Investitionshemmnisse und Freisetzung des Zloty, der als Wertmaßstab heute weniger Aussagekraft hat als Spielgeld.

Doch in der realen Politik wird keine Regierung der Welt dergestalt ihren Kopf riskieren, summiert sich die Kur doch zum mörderischen Einkommens- und Besitzstandsverlust, der schlimme politische Konvulsionen verheißt. Woraus folgt, daß das Rezept weniger ambitioniert sein muß.

Vorweg sollte der Westen Nahrungsmittelhilfe leisten, denn – um Brecht abzuwandeln – : Erst kommt das Fressen, dann die Reform. Auf diesem Sockel, der verhindern würde, daß die kommunistische Gewerkschaft zum Streik gegen die Solidarität aufruft, könnte die Saat einer echten, schmerzhaften Perestrojka aufgehen, von der die UdSSR noch weit entfernt ist. Ein zweiter Schritt ist Umschuldung, die sich ohnehin nicht vermeiden läßt, weil die Polen einfach nicht zahlen können. Ein dritter Schritt sind westliche Direktinvestitionen; sie erfordern, daß Polen sich als Niedriglohn-Land anbietet, haben aber dennoch einen doppelten Vorteil: So gelangt nicht nur Kapital, sondern auch ebenso knappes Know-how (zum Beispiel marktgerechtes Management-Wissen) ins Land; überdies schaffen ausländische Firmen eine automatische Anbindung an den Weltmarkt – einen weißen Flecken auf der Landkarte staatssozialistischer Wirtschaftslenker.

Im Zusammenhang könnten, viertens, westliche Gläubigerbanken ihre Schuldscheine (mit attraktivem Abschlag) westlichen Firmen anbieten, die damit Anteile an polnischen Staatsbetrieben erwerben – zum Nutzen der eigenen Bilanz und zum Frommen privatwirtschaftlichen Managements in Polen. All das wird aber wenig helfen, wenn nicht – fünftens – USA und EG ihre Grenzen für polnische Exporte öffnen – und zwar einseitig. Denn: Was nützt marktgerechte Produktion, wenn es dafür keinen gerechten Markt gibt? Und: Warum sollte die EG die undemokratische DDR (per innerdeutschen Handel) bevorzugen, derweil ein sich demokratisierendes Polen vor der Tür bleibt? Schließlich: Ohne Exporteinkünfte keine Devisen, ohne Devisen keine Konvertibilität – und der Teufelskreis bleibt geschlossen.

All diese Ideen sind auch Walesa nicht fremd; zum Teil hat er sie sogar selber formuliert. Er will nicht Subsidien, sondern Investitionen – nicht Mitleid, sondern tätiges Engagement im Sog des allmächtigen Profitmotivs, das westliche Vorstände aus der Reserve locken soll. Den Polen zu helfen, sich selbst zu helfen, wird nicht einfach sein. Ihnen aber den „Anschluß an Europa“ (Walesa) zu erleichtern, ist das Mindestgebot westlicher Politik.